

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## geändertes Protokoll

### 34. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 20.08.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:37 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

---

Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne
Herr Tilo Siewer	Grüne
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE
Frau Petra Schrader	DIE LINKE
Herr Dimitri Golodni	CDU
Frau Heidemarie Depil	JHA BD
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA stellv. BD
Frau Andrea Lang	
Herr Dirk Stiebritz	
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser	
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände

Sitzungsleitung: Herr Siewer (Vorsitzender)

Protokoll: Frau Ersek (BVV-Büro)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### Protokoll:

##### zu 1 **Begrüßung und Genehmigung der TO**

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder, beratenden Mitglieder, das Bezirksamt sowie die Gäste.

Mit der Anwesenheit von 11 stimmberechtigten Mitgliedern stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird um den Punkt „Mitteilungen des Bezirksamts“ und „Mitteilung des Vorsitzenden“ als TOP 3-NEU ergänzt.

Die TOPs 5 und 6 werden direkt nach TOP 3 vorgezogen.

Der Ausschuss stimmt der Änderung der TO zu.

**zu 2            Genehmigung des Protokolls zur 31. Sitzung am 02.05.2019**

Der TOP wird vertagt.

**zu 3            Mitteilungen**

**zu 3.1        des Bezirksamts**

Kinder- und Jugendbeteiligung:

Frau BzStRätin Reiser knüpft an den am 12.08.2019 versandten Nachtrag an und informiert, dass Herr BzBm von Dassel per E-Mail den Auftrag an die Service Einheit Personal und Finanzen bestätigt habe, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die beiden Stellen für die Kinder- und Jugendbeteiligung doch noch aus dem vorhandenen Haushalt finanziert werden können.

Herr Lehmann (BA Mitte) händigt den Ausschussmitgliedern eine Übersicht zur konkreten Verwendung der Mittel aus. Das PDF-Dokument werde im Nachgang zur Sitzung versandt.

Für die gemeinsamen Überlegungen, was mit diesen Stellen umgesetzt werden könne, wird der 17.09.2019 (Dienstag) ab 17:30 Uhr im Raum 239/40 im Rathaus Mitte vorgeschlagen. Die Einladung werde an den JHA versandt.

Jugendberatungshaus mentos.mitte

Der Träger habe die Beendigung seiner Tätigkeit angekündigt, werde aber das Angebot der Jugendberatung bis zum 31.12.2019 weiterführen.

Das Verfahren zur Fortführung des Jugendberatungshauses sei in Klärung.

Auf die Nachfragen und Fürsprachen aus dem Ausschuss eingehend, erklärt Frau BzStRätin Reiser, dass sich die konzeptionellen Überlegungen in Bearbeitung befinden, das Konzept des Jugendberatungshauses damit aber nicht infrage gestellt sei. Den Mitarbeitern des Trägers seien interne Stellenangebote unterbreitet worden.

Herr Lehmann (BA Mitte) betont, dass das Konstrukt der Jugendberatungshäuser einst erkämpft worden sei und daher nicht aufgegeben werde.

Personalmittel / Sachmittel

Es werde geprüft, ob Einrichtungen, in denen sich ein Träger zurückzieht, wieder rekommunalisiert werden könnten. Es gebe noch keinen konkreten Fall. Sobald eine konkrete Prüfung erfolge, werde der JHA umgehend informiert.

Der Vorsitzende bittet das Jugendamt, den JHA im Fall einer Prüfung mit einzubinden. Frau BzStRätin Reiser sagt zu.

**zu 3.2        des Vorsitzenden**

Haushaltsdebatte zum Bereich „Jugend“:

Der Vorsitzende informiert, dass der Hauptausschuss den Bereich „Jugend“ am 29.08.2019 ab 18:00 Uhr verhandeln werde. Die Sitzung ist öffentlich.

Villa Lützow:

Die Eröffnungsfeier finde am Freitag (23.08.2019) ab 12:00 Uhr statt.

**zu 4            Berichterstattung aus den AG'en 78**

Sprecherin der „AG Mädchen“:

Bezugnehmend auf die Mitteilung zum Jugendberatungshaus mentos.mitte erklärt Frau Bresche, dass sich die „AG Mädchen“ deutlich dafür ausspreche, die vier Jugendberatungshäuser zu erhalten.

Herr Wichert, „AG Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit“:

Die AG habe eine Veranstaltung geplant, die am 05.09.2019 vor dem Rathaus Mitte statt-

finden soll. Der Platz vor dem Rathaus sei durch das zwischenzeitlich aufgestellte Gerüst verkleinert. Im Lauf der Woche werde daher entschieden, ob eine Durchführung des Aktionstages überhaupt möglich ist. Die Entscheidung werde per Mail kommuniziert.

Im November 2019 werde ein Fachtag zum Jugendfördergesetz durchgeführt.

Bezüglich der Debatte zum Haushalt erinnert er an die Stellungnahme und Forderung der AG.

## zu 5 **Verschiedenes**

Herr Lehmann (BA Mitte) informiert:

- Das Kinderzentrum Ottokar eröffnet am 20.09.2019. Die Einladung werde folgen.
- Die Villa Lützow eröffnet am 23.08.2019, wie bereits unter TOP 3.2 erwähnt.

Antrag der AG1, der in der Sitzung vor der Sommerpause vertagt wurde, wird in den Themenspeicher aufgenommen.

## zu 6 **Versorgungsbedarf von Kindern und Jugendlichen mit komplexen psychischen Störungen**

Herr Povel (Psychologe im Vivantes-Klinikum Friedrichshain), und Herr Hellenschmidt (Leitender Oberarzt im Vivantes-Klinikum Friedrichshain), Frau Dr. Stenzel (Leiterin des KJPD, BA Mitte), Frau Staenicke (Leiterin des Regionaldienstes Moabit)

Herr Povel:

Das Risiko für psychische Störungen sei in Familien mit Strukturen der Armut, mit Migrationshintergrund und besonders an Brennpunkten erhöht. Dem Klinikum sei es ein Bedürfnis, den JHA auf diese Gruppe aufmerksam zu machen. Die Überschneidungen zur Jugendhilfe seien immens. Etwa 300 Jugendliche aus dem Bezirk Mitte werden pro Quartal ambulant beraten. Etwa 80 Jugendliche aus Mitte werden je Quartal stationär behandelt, von denen etwa 80% einen Jugendhilfebedarf haben.

Eine hohe Überschneidung bestehe auch zum Thema Schule. Die Überweisungen der Kinder und Jugendlichen erfolge in der Regel aus der Jugendhilfe und der Schule.

Berlin habe eine gute Jugendhilfestruktur. Die Zusammenarbeit könne in komplexen Fällen schwierig sein. Das fachspezifische Fallteam, zusammengesetzt aus u.a. Jugendamt, KJPD und SIBUZ und der Klinik, bespreche sich gemeinsam in schwierigen Fällen, mit dem Ziel einer gemeinsamen Planung. Die Abstimmung zwischen den einzelnen Stellen sei essentiell wichtig. Zu bemerken sei diesbezüglich, dass es unterschiedliche Sichtweisen zu den jeweiligen Fällen gebe, so auch unterschiedliche Geschwindigkeiten und Prioritätensetzungen.

Frau Dr. Stenzel:

58.200 Kinder und Jugendliche U18. Davon haben 51,9 % entweder selbst oder über die Eltern Zuwanderungserfahrung. Im Bezirk Mitte beziehen 23,8 % der Einwohner Transferleistungen. Von den Kindern bis 15 Jahre seien 43,5 % von Transferleistungen abhängig. Die Aufgabe des KJPD sei, diejenigen Familien auf freiwilliger Basis zu betreuen, die den Weg in das kassenärztliche Versorgungssystem nicht schaffen. Von den 1.260 Patienten haben 898 einen Migrationshintergrund, davon 390 entweder Familien mit Fluchtgeschichte oder unbegleitete Geflüchtete. Da es jedoch an ausreichend ausgebildetem Personal fehle, seien die Aufgaben eine Herausforderung. Sämtliche Einrichtungen werden unterstützt, wenn Beratungen bzgl. der Vielfalt an Hilfsangeboten benötigt werde.

Frau Staenicke:

Die Arbeit mit psychiatrisch oder psychisch beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen bildet den Schwerpunkt im Regionalen Sozialdienst (RSD). Es bestehe der Eindruck,

dass die Bedarfslagen sich intensivieren und häufiger werden. Es kommt vor, dass auch Teile der Eltern oder gar beide Eltern mit betroffen seien.

Frau Staenicke betont, dass die Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche und Akteure im Rahmen der bereits geschilderten Fallkonferenz im Klinikum sehr wichtig sei. Die Zusammenarbeit mit dem Vivantes-Klinikum sei sehr gut und die Möglichkeit, alle Akteure an einen Tisch zu bringen, sei ein wichtiger Bestandteil. Frau Staenicke sehe in der unterschiedlichen Sichtweise der Akteure eine Bereicherung, da unterschiedliche Perspektiven dargelegt werden. Ein Problem sehe sie darin, dass es zu wenige Einrichtungen mit passenden Hilfsangeboten gebe, sodass die Verweildauer in Psychiatrien zu lang sei. Das hänge zum einen an fehlendem Personal, aber auch daran, dass passgenaue Einrichtungen nicht zeitnah gefunden werden können.

Frau Staenicke verweist auf den Film Systemsprenger, in dem das Problem des zu langen Prozesses bzw. Suchens nach geeigneten Maßnahmen behandelt werde. Die Senatsverwaltung habe im vergangenen Jahr eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die sich mit den „Systemsprengern“ beschäftige und eine individuelle Planung erstelle.

#### Herr Hellenschmidt:

Ein Problem seien fehlendes Personal und damit fehlende Zeit. Die Stellen seien bewilligt, doch haben diese noch nicht besetzt werden können. Die Fallkonferenzen seien gemeinsam mit dem Jugendamt entwickelt worden, um mit der Personalknappheit ökonomisch umzugehen. Das Konzept sei ein Erfolgsmodell. Er plädiert dafür, diese Struktur und diese gewinnende Situation für sämtliche Bereiche noch weiterzuentwickeln. Nicht jeder Fall könne nach Muster bearbeitet werden, sondern hochindividueller Lösungspläne bedarf.

Die gegenseitigen Hospitationen sollten ebenfalls weiter gefördert werden.

Auf diese Weise werde die große Vernetzung von SGB VIII, SGB V und SGB XII geschaffen.

Der Vorsitzende erfragt die konkreten Leistungen, um den Haushaltsplanentwurf in dieser Hinsicht sichten zu können.

Frau Staenicke berichtet, dass es keine Musterbeispiele gebe. Bedarfe können schon im Kindergartenalter erkannt werden, auch schon ab dem 1. Lebensjahr. Wenn absehbar ist, dass ambulante Hilfe nicht mehr möglich ist, z.B. in Fällen, in denen sich die Störungen bereits stark gefestigt haben, werden stationäre Hilfen gesucht, die entweder in einer Klinik oder im Rahmen des Wohnens angeboten werden.

Frau Dr. Stenzel berichtet zur Entwicklung des Haushalts in Bezug auf Kinder- und Jugendhilfe, die bürokratischen Hürden zur Beantragung der Mittel und die Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Hilfe. Nach ihrem Empfinden seien die Hilfe zu Lasten der Kinder und Jugendlichen reguliert worden.

Herr Hellenschmidt schildert seinen Eindruck, dass die vermeintlich kleinere Gruppe der nicht mehr vermittelbaren Jugendlichen ständig wächst. Die Gruppe bei der Betrachtung der finanziellen Hilfen außer Acht zu lassen, sei ein Problem und eine politische Frage. Als einen Lösungsweg sehe er die Kooperation, aber auch die Bildung von weiteren Jugendeinrichtungen.

Der Vorsitzende resumiert, dass die Belange schwerkranker Kinder gegenüber der Politik häufiger artikuliert werden sollten. Die genannten Vertreter seien zu den weiteren Sitzungen gerne als Gäste eingeladen, das Rederecht werde je Sitzung abgestimmt und sei damit grundsätzlich möglich. Es wird auf die Möglichkeit hingewiesen, als Akteure der Jugendhilfe in den großen JHA-Verteilern aufgenommen zu werden.

zu 7  
zu 7.1

**Haushalt 2020/21**

**Entwurf des Doppelbezirkshaushaltsplans Mitte für die Haushaltsjahre 2020 und 2021.**

**Drucksache: 1994/V**

DIE LINKE werde sich in der Abstimmung sämtlich enthalten, da Änderungswünsche zum Haushaltsplanentwurf dem Hauptausschuss vorgelegt werden. Die Änderungsanträge seien bereichsübergreifend und bedürfen daher der Gesamtbetrachtung des Haushalts.

Beratungen:

**Kapitel 4000**

Die beiden Beteiligungsstellen im Rahmen des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes sind im vorliegenden Entwurf noch nicht enthalten. Frau BzStRätin Reiser erklärt, dass die Service Einheit Personal und Finanzen (SE PersFin) an einem Vorschlag zur Realisierung arbeite.

Herr Dehnert ergänzt, dass diese beiden Stellen im positiven Fall bei 4000/428 01 mit einer Wertigkeit von E10 veranschlagt und auf der Nachschiebeliste stehen würden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass noch nicht geklärt sei, ob es sich um Sach- oder Personalmittel handle.

**Kapitel 4010**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss der BVV 1919/V vom 20.06.2019, wonach im Bezirk zweieinhalb Stellen für die Umsetzung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes einzurichten sind. Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sei dieser Beschluss nicht berücksichtigt. Auf die Debatte im JHA am 06.06.2018 sowie 08.08.2019 wird verwiesen. Vor diesem Hintergrund stellt er den Antrag auf Erhöhung des Titels 4010/671 03 um jeweils 180.000,- € für die Jahre 2020 und 2021. Die Gegenfinanzierung soll über den Titel 4500/426 01, Minderausgaben für Personalausgaben, erfolgen. Für das Jahr 2020 soll der Ansatz auf -1,567 Mio. € und für das Jahr 2021 auf -1,44 Mio. € erhöht werden. Herr Dehnert weist darauf hin, dass im Haushalt des Jugendamts keine verfügbaren Mittel in dieser Größenordnung gefunden werden können, da viele Mittel zweckgebunden seien.

Fr. Goral weist ebenfalls darauf hin, dass es im Bereich des Jugendamts keine Möglichkeit der Gegenfinanzierung gebe, weder aus einem anderen Titel noch aus Einnahmen, Personalmittel können nicht in Sachmittel umgewandelt werden. Die „Pauschalen Minderausgaben“ zu erhöhen sei nicht die Lösung, da sich im Hauptausschuss herausstellen könnte, dass auch andere einen Antrag auf Erhöhung dieses Titels gestellt haben. Das Risiko sei sehr hoch, dass der Jugendbereich mit dem Antrag für die beiden Stellen nicht durchkommt.

Alle Mitglieder des JHA enthalten sich in der Abstimmung zum gesamten Kapitel 4010 aufgrund der Nichtberücksichtigung des Beschlusses 1919/V. Sie lehnen die Aufstellung des Haushaltsplans im Kapitel 4010 somit ab.

Der JHA stimmt bei Enthaltung der Fraktion der CDU einstimmig dafür, den Titel 4010/671 03 um 180.000,- € für das Jahr 2020 und 180.000,- € für das Jahr 2021 zu erhöhen. Die Gegenfinanzierung soll durch die entsprechende Erhöhung des Titels 4500/462 01 erfolgen.

Der Antrag soll dem Hauptausschuss als Votum des JHA übermittelt werden.

Die Fraktionen sprechen sich dafür aus, weitere Anträge zum Jugendbereich als Fraktionen dem Hauptausschuss vorzulegen.

Frau Depil (BüDep) und Frau Lang (BüDep) merken an, dass die Bürgerdeputierten des Jugendhilfeausschusses keine eigenen Anträge an den Hauptausschuss richten oder zur Sitzung der BVV einreichen können, sie somit vorschlagen, weitere den Jugendbereich betreffende Anträge in der heutigen Sitzung zu formulieren, sodass sie sich selbst einbringen können.

Herr Wichert erklärt ergänzend, dass eine Verunsicherung zu spüren sei, ob die Wünsche

und Anregungen der Beteiligten des JHA außerhalb der Fraktionen Einzug in die Planung finden.

Herr BV Schwarz von der Fraktion der SPD geht auf die Bedenken der Träger ein und erklärt, dass die Fraktionen, die im JHA vertreten sind, die Anregungen der beratenden Mitglieder und Träger beraten und in die eigenen Anträge einfließen lassen.

Frau Depil beantragt, dass der JHA die weitere Erhöhung des Titels 4010/671 03 gemäß Vorlage vom 06.08.2019 (Excel-Übersicht) beschließen möge. Der Titel 4010/671 03 bestehe aus mehreren Positionen. Es sollen vier weitere hinzugefügt werden, die in der Summe für das Jahr 2020 gerundet 849.000,- € und für das Jahr 2021 gerundet 869.000,- € umfassen. Die vorab abgestimmte Erhöhung um 180.000,- € je Haushaltsjahr sei hier mit enthalten.

Die Gegenfinanzierung soll in entsprechender Höhe aus dem Titel 4500/462 01 erfolgen.

Der JHA stimmt über folgenden Votum ab:

Der Ansatz im Titel 4010/671 03 soll für das Jahr 2020 um 849.000,- € auf 7.540.000,- € und für das Jahr 2021 um 869.000,- € auf 7.452.000,- € erhöht werden.

Dem Votum wird bei Enthaltung der Fraktion Bü90/Die Grünen, der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE mit 4 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten und 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU einstimmig zugestimmt.

Für die Gegenfinanzierung wird der Titel 4500/462 01 für das Jahr 2020 auf -2.236.000 und für das Jahr 2021 auf -2.309.000,- € erhöht.

Dem Votum wird bei Enthaltung der Fraktion Bü90/Die Grünen, der Fraktion der SPD, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der CDU mit 4 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten einstimmig zugestimmt.

#### **Kapitel 4011:**

Der JHA lehnt die Haushaltsplanaufstellung im Kapitel 4011 ab.  
(0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 11 Enthaltungen).

#### **Kapitel 4015:**

Der JHA stimmt der Haushaltsplanaufstellung im Kapitel 4015 bei Enthaltung von 3 Bürgerdeputierten einstimmig zu.

#### **Kapitel 4021:**

Frau BzStRätin Reiser informiert, dass die beantragte Stelle für den Bereich „Kitaplatzsuche“ nicht berücksichtigt worden sei und damit nicht im vorliegenden Entwurf zum Haushaltsplan enthalten sei. In Aussicht gestellt sei, dass zusätzlich 2 Stellen für die JGH vom Land bewilligt werden.

Der JHA votiert dafür, der Einrichtung der Stelle „Kitaplatzsuche“ im Kapitel 4021 zu Lasten des Kapitels 4040 bei Enthaltung der Fraktion Bü90/Die Grünen und der Fraktion der SPD einstimmig mit 4 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten und 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Der JHA stimmt der Haushaltsplanaufstellung im Kapitel 4021 unter Berücksichtigung der Änderung bei Enthaltung der Fraktionen Bü90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und 2 Bürgerdeputierten mit 2 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten einstimmig zu.

#### **Kapitel 4040:**

Der JHA stimmt der Haushaltsplanaufstellung im Kapitel 4040 bei Enthaltung der Fraktionen Bü90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und 2 Bürgerdeputierten mit 2 Ja-Stimmen der Bürgerdeputierten einstimmig zu.

#### **Kapitel 4042:**

Der JHA stimmt der Haushaltsplanaufstellung im Kapitel 4042 bei Enthaltung von 1 Bürgerdeputierten einstimmig zu.

**Kapitel 4043:**

Der JHA stimmt der Haushaltsplanaufstellung im Kapitel 4043 einstimmig zu.

**Kapitel 4044:**

Der JHA stimmt der Haushaltsplanaufstellung im Kapitel 4044 einstimmig zu.

**Kapitel 4045:**

Der JHA stimmt der Haushaltsplanaufstellung im Kapitel 4045 einstimmig zu.

**Gesamtvorlage des Haushaltsplans:**

Der JHA lehnt die Haushaltsplanaufstellung für den Bereich Jugend ab.  
(0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 10 Enthaltungen).

gez.  
Tilo Siewer  
Vorsitzender

Ersek  
Protokollantin